

Eupen, den 09.12.2019

## **Rede**

### **Plenum, 9.12.2019 Haushalt 2019-2020 OB40 - Es gilt das gesprochene Wort -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn meines heutigen Redebeitrages möchte ich kurz auf die finanzielle Situation der DG eingehen.

In seiner Rede zum Haushalt 2020 stellte der Ministerpräsident klar, dass die fetten Jahre erst einmal vorbei seien, und dass im Vergleich zum Ursprungshaushalt 2019, der vor einem Jahr verabschiedet wurde, unsere Einnahmen in der Legislaturperiode um knapp 38 Millionen Euro, also im Schnitt um 6,3 Millionen Euro pro Jahr weniger hoch sein werden als erwartet.

In einem Atemzug betonte er, dass die Mittel für das Kindergeld ebenso erhöht würden wie die Ausgaben für Bildung, die Kleinkindbetreuung, sowie für den Sozialhaushalt. Außerdem seien beachtliche Erhöhungen im Kultur-, Medien-, Tourismus- und Sporthaushalt vorgesehen. Gleichzeitig sollen auch die Mittel für die professionellen Kulturträger um 30 Prozent angehoben werden. Trotzdem könne ein ausgeglichener Haushalt vorgestellt werden.

Auf diese vier Punkte möchte ich gleich näher eingehen.

Angesichts der Tatsache, dass weniger Einnahmen fließen als erwartet, aber mit dem Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt zukünftig halten zu können, und dies mit den zusätzlichen Kompetenzen in Raumordnung und Wohnungswesen stellen wir uns die Frage:

Wie soll das funktionieren?

Hauptaugenmerk dieser Haushaltsdebatte sollte angesichts dieser Einnahmeverringerung von 6,3 Millionen Euro jährlich also eine Schwerpunktsetzung für die kommenden Jahre sein. An welcher Stelle setzen wir das vom Steuerzahler zu Verfügung gestellte Geld sinnvoll für die Allgemeinheit ein?

Zum Bereich Kultur als Erstes:

Anfang des Monats ließ die flämische Regierung verlauten, dass drastische Kürzungen im Kulturhaushalt anstünden. Begründet wurde diese Maßnahme damit, dass die Projektpolitik nicht

Seite: 1

dazu führen dürfe, dass die Illusion entstehe, dass dies automatisch zu einer Strukturförderung führe.

Hier liegt meines Erachtens der Kern des Problems in der DG. Hier werden Abhängigkeiten unter der Schirmherrschaft des Kulturdekrets erschaffen.

In Zeiten von Einsparungen dem kulturellen Sektor Erhöhungen zu versprechen, die durch die wirtschaftliche Situation in den kommenden Jahren wahrscheinlich nicht gewährt werden können, nenne ich politisches Kalkül.

Wäre es nicht verantwortungsbewusster gewesen, den Haushalt im Kulturbereich zu stabilisieren?

Damit hätte man den Kulturschaffenden eine solide Basis für die Zukunft gewährleisten können.

Was Sie machen, ist, den Kulturschaffenden die Hoffnung auf steigende Subventionen zu vermitteln, die in Zukunft aus wirtschaftlichen Gründen nicht getragen werden können.

Ja, Kultur muss auch in unseren Augen gefördert werden, jedoch sollten wir die Spreu vom Weizen trennen und die Projekte, die für die Allgemeinheit wichtig sind, unterstützen.

Unsere Vereine, Chöre, Ehrenamtliche, Museen brauchen unsere vollste Unterstützung, denn sie dienen dem Allgemeinwohl. Ein Gemeindeleben ohne kulturelle Angebote käme einem sterbenden Dorf gleich.

Kultur fördert das Miteinander der Menschen in allen Gemeinden.

Im kommenden Jahr wird "Kultur macht Schule" mit 150.000 Euro bezuschusst.

Ja, wir sollten Kinder für Kunst und Kultur sensibilisieren, sogar kostenlos, aber dann bitte am Wochenende, wo altersgerechte Workshops, Führungen, Veranstaltungen und Konzertbesuche angeboten werden könnten und nicht während der Unterrichtszeiten.

Aktivitäten unter der Woche sollten sich vor allem auf Freizeitaktivitäten in der Natur beschränken, denn nur hier lernen Kinder selbstbestimmt.

Fantasie, Kreativität und Gestaltungskompetenzen können angeregt werden.

Draußen spielen ist gut für die Gesundheit: Beim Klettern und Spielen bewegen sich Kinder an der frischen Luft, lernen Freunde kennen, was die Entwicklung ihrer sozialen Fähigkeiten fördert.

Kultur spielt da eine zweitrangige Rolle, denn die Kinder befinden sich auch hier in Innenräumen. Kultur macht Schule wird ungezwungen und frei von den Schulträgern gebucht, aber trotzdem kamen mir Aussagen zu Ohren wie: „Es ist eine schöne Abwechslung zum Schulalltag.“ Das ist in unseren Augen eine fehlgeleitete Kulturpolitik.

Das Agora Theater:

Mein Kollege Alain Mertes stellte Anfang des Jahres eine schriftliche Frage an Frau Weykmans bezüglich des Agora Theaters. Das Agora Theater erhält jährlich eine festgeschriebene Dotation. Im Jahre 2018 belief sich die Summe auf 322.728 Euro, im Jahr 2019 auf 329.087 Euro. Aus diesem Schreiben geht hervor, dass der Regierung nur Angaben über die Anzahl der Aufführungen vorliegen, nicht aber über die Anzahl Zuschauer. Die Anzahl der Zuschauer sei für die Produzenten kein quantitatives Kriterium, sondern nur für die Kulturveranstalter und Zentren. Agora habe im Jahre 2017 308 annehmbare kulturelle Aktivitäten absolviert und 2016 227 Auftritte. In unseren Augen ist auch die Anzahl Zuschauer und nicht nur die Anzahl Veranstaltungen der ausschlaggebende Indikator und ein Kriterium, um Zuschüsse zu erhöhen oder zu senken.

Nun komme ich zum Bereich Medien in Ostbelgien:

Seite: 2

Wie die gesamte flämische Verwaltung wird auch die VRT Einsparungen vornehmen müssen. Wieviel ist noch nicht bekannt, man spricht von 12 Millionen Euro.

Eine heutige Medienanstalt in eine moderne, schlagkräftige Medienorganisation umzuwandeln, in denen Journalisten investigativ arbeiten können, ist eine schwierige Herausforderung. In der DG wird jedoch nicht von Sparmaßnahmen gesprochen, sondern von der Erhöhung der Dotation für den BRF, sowie einer Erhöhung der Pressehilfe für das GrenzEcho. Anfang September trat das GrenzEcho mit der Bitte an die Regierung, die Pressehilfe von 174.000 Euro jährlich auf 600.000 Euro zu erhöhen. Gewährt wurde der Betrag von 314.000 Euro.

Das Wort Pressehilfe, obwohl in den meisten europäischen Ländern üblich, hinterlässt einen faden Beigeschmack.

Wie sieht es mit der Unabhängigkeit und der Pressefreiheit aus?

Die Medienvielfalt, die Seriosität, die Qualität und die Motivation der Mitarbeiter werden in keiner Weise in Frage gestellt.

Was aber in Frage gestellt werden muss, ist eine kritische Berichterstattung hinsichtlich der Regierung und der Opposition.

Herr Marchant vom Rossel-Verlag betonte am Donnerstag, den 05.12.2019, dass das GrenzEcho auch ohne diesen Zuschuss überleben würde. Zitat: "Natürlich, in all unseren Berechnungen werden wir immer auf unsere Unabhängigkeit achten, ob von einem Kunden oder einer Institution. Unsere Unabhängigkeit ist nicht verhandelbar," verlautete die Aussage.

Ich frage mich, warum dann nicht einfach auf die Pressehilfe verzichten?

Der BRF finanziert sich überwiegend durch die Dotation der DG. 2019 erhielt der öffentlich-rechtliche Sender mehr als 5,8 Millionen Euro, 2020 werden es bereits 6,5 Millionen Euro.

Angesichts der Höhe der Dotation sollte die Regierung jedoch das Geld vernünftig einsetzen und sparen, wo Potential zum Sparen ist.

Mit der Einführung von DAB+ und Kosten von 120.000 Euro im Jahr zeigt die Regierung keine Einsicht, einsparen zu wollen.

Laut einem Artikel von TestAchat vom 21.03.2019 hören nur 17 Prozent der Wallonen digitales Radio, davon nur 2 Prozent über DAB+.

In den kommenden Jahren wird versucht werden, die Käufer für DAB+ fähige Endgeräte/ Radios zu sensibilisieren, auch werden Neuwagen ausschließlich mit DAB+ fähigen Radios installiert werden.

Im Moment ist dies jedoch nicht der Fall, und die Mehrheit kann gar nicht über DAB+ empfangen.

In Anbetracht des begrenzten Empfanges mittels DAB+ und der jetzt schon erheblichen finanziellen Unterstützung des BRF durch die öffentliche Hand, stellt sich die Kosten-Nutzen Frage.

Frau Weykmans wies in Ihrer Antwort auf meine schriftliche Frage darauf hin, dass bald eine Ausstrahlung der Programme des BRF in der Wallonie über UKW in absehbarer Zeit nicht mehr gewährleistet sein wird und, wissend, dass die freien DAB+ Kanäle der RTBF sehr begrenzt seien, wäre es umso wichtiger, von Anfang an eine DAB+ Ausstrahlung der BRF Programme in der Wallonie abzusichern.

Somit könne auch weiterhin gewährleistet werden, dass die deutschsprachigen Pendler oder deutschsprachigen Mitbürger, die in der Wallonie beheimatet sind, den BRF durchgängig empfangen können. Das ist in meinen Augen reine Profilierung.

Wir hätten die Entwicklung des Marktes abwarten können, denn im Moment muss auch der RTBF

zweigleisig fahren und auch über UKW ausstrahlen, alle Pendler hätten somit die nächsten Jahre noch den BRF empfangen können. Laut einem Artikel des Verbraucherportals CHIP 365 am 11.01.2019 sind aktuelle DAB+ Radiosender, egal ob für daheim oder das Auto, sowohl über UKW als auch über DAB+ zu empfangen.

Kurz möchte ich auf Radio Fantasy eingehen, wozu ich eine schriftliche Frage eingereicht hatte. Radio Fantasy hat nie Ansprüche auf irgendwelche Subventionen gestellt, weil sie zwangsläufig dazu führen, dass die freien lokalen Rundfunksender in Abhängigkeit dieser öffentlichen Gelder geraten würden, was eine erhebliche Beeinträchtigung der Freiheit der Sender bedeuten würde.

Desto trauriger finde ich die Aussage der Regierung, dass sich Radio Fantasy nicht auf die Frequenzneuaufteilung beworben hat. Ein Sender, der seit 35 Jahren besteht, grenzüberschreitende Ausbildungsplätze anbietet ein Urgestein Ostbelgiens ist und die Allgemeinheit nichts kostet, wird nicht über die Vergabe seiner Frequenz an Radio Contact Now informiert?

In Belgien ist es üblich, eine Einladung zur Erneuerung des Personalausweises zu erhalten, weiterhin erhalten wir eine Einladung zur Fahrzeugkontrolle. Handeln wir nun nach dem Prinzip: "Unwissenheit schützt vor Strafe nicht"?

Angesichts der Tatsache, dass Frau Weykmans die Medienvielfalt in Ostbelgien fördern will, sehe ich hier genau das Gegenteil: Nämlich die Untergrabung der Medienvielfalt in Ostbelgien.

Zum Sportverband LOS:

Der Leitverband des ostbelgischen Sports wird 2020 gegründet. Man geht von tatsächlichen Mehrkosten für die DG von 220.0000 Euro aus.

Die Vivant-Fraktion erklärte schon mehrmals in diesem Hause, dass wir dem Breitensport positiv gegenüberstehen. Wir lehnen jedoch eine Professionalisierung des Sportes ab.

Erfolgreicher Spitzensport beginnt immer früher.

Kleine Leistungssportler trainieren oft bis zu 20 Stunden in der Woche, um ihr Ziel zu erreichen. Das intensive Training im Kindesalter wirkt sich negativ auf den Körper des Leistungssportlers aus.

Gelenke und Sehnen werden stark beansprucht. Die Wachstumsphase tritt bei Kindern, die Leistungssport treiben, zwischen ein und zwei Jahren später ein.

Der Pubertätsverlauf verzögert sich durch einen Östrogenmangel. Dies führt zu einer geringeren Knochendichte bei Kindern, wodurch das Risiko für Knochenbrüche und andere Verletzungen steigt.

Oftmals ist es heutzutage leider auch so, dass ehrgeizige Eltern sich einen Traum erfüllen wollen und dass „das einfache Spaß haben“ am Sport vernachlässigt wird.

Arthrose, Dauerschmerzen und Gelenkverschleiß ab 50 macht sich bei vielen Leistungssportlern bemerkbar.

Als problematisch stufen einige Sportwissenschaftler ein, dass sich Kinder heute immer früher auf eine Sportart spezialisieren und den Fokus auf Leistung und Erfolg legen.

Aus diesen Gründen lehnen wir die Unterstützung des Leistungssportes durch die öffentliche Hand ab.

Zum Arbeitsamt der DG:

Die Dotation für Funktionskosten werden von 6,6 Millionen Euro auf 6,9 Millionen Euro angehoben. Diese Steigerung sei vor allem auf die Steigerung der Personalkosten durch Verbeamtung und Neueinstellungen zurückzuführen.

In Anbetracht der steigenden Personalkosten durch Neueinstellungen wundert es doch sehr,

dass der Kontrolldienst des Arbeitsamtes 2018 wegen Personalabgängen nur während 6 Monaten und in 2019 auch nur während 6 Monaten besetzt war.

Seit der letzten Befugnisübernahme im Bereich Beschäftigung ist die DG für diese Thematik verantwortlich, aber wir führen praktisch seit 2 Jahren nur sporadisch Kontrollen durch?

Jeder Mensch kann aus irgendwelchen Gründen seine Arbeitsstelle verlieren, besonders über 50-jährige haben es schwer, eine neue Stelle zu finden. Von ihnen ist hier nicht die Rede, jedoch sollten wir unwilligen, und ich betone unwilligen, Arbeitslosen keinen Freifahrtschein gewähren.

Warum konnte diese Stelle nicht besetzt werden?

Liegt es an der DG, einem Ort, wo jeder jeden kennt und der Job im Bereich Kontrolldienst ein undankbarer ist?

Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, dass durch ständige Kompetenzübertragungen und durch die Kleinheit der DG in Zukunft einige Gefahren besonders in Bezug auf Personal auf uns lauern werden.

Erschreckend ist die Tatsache, dass von den 2.360 Vollarbeitslosen 17 Prozent unter 25 Jahre, 11 Prozent zwischen 25-29 Jahren, 19 Prozent zwischen 30-39 Jahren und 16 Prozent zwischen 40-49 Jahre alt sind. 37 Prozent gehören der Kategorie der über 50-jährigen an.

Der springende Punkt ist aber: 19 Prozent dieser Arbeitslosen sind seit über 5 Jahren arbeitslos. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen über ein Jahr ist zum Vorjahr zwar um 5 Prozent gesunken, allerdings ist die Gesamtzahl der Langzeitarbeitslosen mit 453 Personen quasi gleich geblieben.

Bedenklich ist auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei nicht-EU-Bürgern: +3,9 Prozent zum Vorjahr.

Aus dem Tätigkeitsberichtes des ADG von 2018 geht zwar nicht hervor, ob es sich um Bürger mit Migrationshintergrund handelt, jedoch haben wir schon mehrmals in diesem Hause auf verpflichtende Sprachkurse auf B1-Niveau hingewiesen.

Wir fordern auch die Einführung eines Evaluierungstests, also einer Prüfung zum Ende des Eingliederungsparcours. Diese ist bislang nicht vorgesehen. Wenn Integration funktionieren soll und wir keine Parallelwelten fördern wollen, dann ist das Beherrschen der Sprache wohl die Grundvoraussetzung.

Außerdem, nur wer der Sprache mächtig ist, kann sich auf dem heutigen Arbeitsmarkt integrieren.

Hier sind noch EINIGE Anstrengungen nötig.

Abschließend kann ich nur sagen, dass das Konzept der Regierung nicht stimmig ist und wir dem Haushalt so nicht zustimmen können.

Ich Danke für Ihre Aufmerksamkeit,

Diana Stiel  
Vivant-Fraktion im PDG



